

# NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Gemeindevertretung

am Freitag, den 12.04.2019 im Saal 2 der Holzbachtalhalle Friedrichsthal

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:25 Uhr

## Gemeindevertretung:

Hammen, Frank, Vorsitzender der Gemeindevertretung  
Bachmann, Wolfgang  
Brötz, Thomas  
Emmerich, Timo  
Engeland, Ingo  
Etzel, Werner  
Fuß, Patrick  
Hartmann, Norbert  
Herbach, Nicole  
Hoflender, Roswitha, abwesend  
Isemann, Ralph, abwesend  
Kaspar, Tanja  
Keller, Manuel  
Dr. Kunz, Torsten  
Leist, Kuno  
Matyschik, Oliver  
Mony, Heidrun, abwesend  
Mony, Kerstin  
Dr. Müller, Teja  
Nawrowski, Britta  
Ohl, Gabriele  
Pfäfflin, Andrea  
Pohl, Patrick  
Rosner, Britta  
Schumann, Klaus  
Schweizer, Hanns-Joachim  
Dr. Sen-Gupta, Mark  
Sitzmann, Dirk  
Sommer, Christian  
Sommer, Sebastian  
Wied, Gitta

## Orstvorsteher:

Baum, Ernst  
Velte, Stefan

## Gemeindevorstand:

Sommer, Gregor, Bürgermeister  
Odenweller, Susanne, Erste Beigeordnete  
Gräfe, Ursula, Beigeordnete  
Kühne, Daniel, Beigeordneter  
Rochlus, Hans, Beigeordneter  
Steffen-Jesse, Hans-Joachim, Beigeordneter  
Stenger, Harald, Beigeordneter  
Terlitzki, Gerhard, Beigeordneter

Dr. Winkelhaus, Sybille, Beigeordnete

Schriftführer:

Minet, Volker

Als Gäste waren anwesend: ca.: 15

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 28.03.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung auf Freitag, den 12.04.2019, 20:00 Uhr, in die Mehrzweckhalle Friedrichsthal einberufen.

Tag, Ort und Stunde sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Nach der Zahl der erschienenen Mitglieder war die Gemeindevertretung beschlussfähig.

**Tagesordnung:**

**1 Beschlussfassung über evtl. Einsprüche gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 15.02.2019**

GV Pfäfflin bittet um eine Änderung zu der Mitteilung aus dem Ausschuss für Umwelt-, Land- und Forstwirtschaft auf Seite 4, Zeile 4:

.... „Die Verwaltung habe viele [REDACTED] Maßnahmen zusammengetragen, digitalisiert und über eine Karte aufbereitet.“ .....

Mit dieser Änderung wird vorliegende Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 15.02.2019 einstimmig gebilligt.

**2 Benennung von zwei Unterzeichnern des Protokolls der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung**

GV Christian Sommer und GV Hanns-Joachim Schweizer werden vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu Unterzeichnern der heutigen Sitzung benannt.

**3 Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung**

Vorsitzender Hammen erinnert an die Veranstaltung der Bürgerehrung und bedankt sich herzlich für die Teilnahme vieler MitgliederInnen der Gemeindevertretung.

**4 Mitteilungen des Gemeindevorstandes**

Seinen schriftlichen Mitteilungen voranstellend, teilt Bürgermeister Sommer mit, dass die Aufsichtsbehörde des Hochtaunuskreises die Genehmigung für den Nachtragshaushalt 2018 erteilt und den Haushaltsplan 2019 mit seinen Anlagen zur Genehmigung an die obere Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidenten Darmstadt weitergeleitet hat.

Bürgermeister Sommer informiert zudem, dass die neue Ladestation für E-Bikes in der Wehrheimer Mitte in Betrieb genommen worden ist. Er dankt in diesem Zusammenhang dem Beigeordneten Steffen-Jesse für dessen unermüdliches Engagement. In einer weiteren Mitteilung macht Bürgermeister Sommer auf eine Onlinepetition über Facebook aufmerksam und betont, dass die hier aufgestellten Behauptungen über die Zukunft des Bahnhofgebäudes falsch dargestellt wurden.

Anschließend trägt Bürgermeister Sommer die Mitteilungen des Gemeindevorstandes vor.

Diese wurden den Mitgliedern der Gemeindevertretung in schriftlicher Form, elektronisch zur Verfügung gestellt.

## **5 Mitteilungen aus den Ausschüssen, Kommissionen und Verbänden**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Ausschussvorsitzender Matyschik, dass auf Wunsch der Mitglieder eine zusätzliche offizielle Sitzung für den 14.11.2019 angesetzt worden ist. Falls, aufgrund eines hohen Beratungsbedarfes, eine weitere Sitzung notwendig werden würde, müsse hierüber gesondert entschieden werden.

Über die Bewertung der Ergebnisse der Fördermaßnahmen zu Gunsten der Kommunalen Grundstücksgesellschaft Wehrheim mbH (KGW) sei, so Ausschussvorsitzender Matyschik, ausführlich diskutiert worden. Grundlage sei hier die Beschlusslage des Gemeindevorstandes gewesen, mit der die Fa. SWS Schüllerermann und Partner mit einer Planungsrechnung zur Darlegung der voraussichtlichen Auswirkungen realistischer Sondertilgungsmöglichkeiten, den Verkauf des Gebäudekomplexes „Rathaus“ an die Gemeinde und die Rekommunalisierung der KGW beauftragt wurde. Im Ergebnis lag den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses ein Beschluss des Gemeindevorstandes vor, wonach die Gemeinde auch weiterhin, je nach Lage der Haushaltswirtschaft, Ausgleichsleistungen im Rahmen der geltenden Gesetze leisten und damit die sich bietenden Möglichkeiten zur Unterstützung der KGW beibehalten werden sollen. Darüber hinaus werde der KGW vorgeschlagen, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen zur juristischen Prüfung der Kündigung eines Darlehens für das Jahr 2022 sowie die Prüfung einer vorzeitigen Anschlussfinanzierung mit dem Ziel einzuleiten, dass spätestens zum Abschluss des Wirtschaftsjahres 2022 ein positiver Finanzmittelbestand erreicht wird. Unterschiedlich, so der Ausschussvorsitzende, habe man über die Begründung im Gutachten diskutiert, warum eine tiefgreifende Prüfung zur Rekommunalisierung der KGW ausgeblieben sei. Das Gutachten enthielt auch ein Ergebnis zur Prüfung, wie sich ein Verkauf des Gebäudeteils, welches als Rathaus genutzt werde, auswirken könnte. Die Folgen des Verkaufes an die Gemeinde sei in verschiedenen Szenarien dargestellt worden, erziele allerdings keine besseren Ergebnisse. Zudem fand eine Detaildiskussion statt, bei der es um die Zahlungen der Gemeinde ging, die in der Bilanz der KGW in die Kapitalrücklage gebucht werden. Man bittet hier, die Wirtschaftsprüfer zu beauftragen, im Rahmen des kommenden Jahresabschlusses zu prüfen, wie sich eine stetige Erhöhung der Kapitalrücklage auf die Bilanz auswirken würde. Es gebe derzeit, so der Ausschussvorsitzende, keine wirklichen Alternativen zur bestehenden Betriebsform.

Unter dem Punkt „Verschiedenes“, so Ausschussvorsitzender Matyschik, haben die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses über einen Förderantrag für die Moderation eines Bürgerdialoges diskutiert. Dieser Wunsch zur Teilnahme an diesem Förderprogramm des Landes Hessen „Ländliche Entwicklung Dorfmoderation“ resultiere aus einer Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden. Grundlage des Antrages sollten die Beschlüsse der Vergangenheit sein bzw. die Beschlüsse der Gemeindevertretung aus dem Jahre 2018. Dieser Antrag wurde von der Verwaltung mit Datum vom 01.04.2019 bei der WiBank gestellt. Der Antragstellung lagen allerdings nicht die notwendigen Details und Leistungsverzeichnisse zu Grunde, die für eine Förderung notwendig seien. Der Haupt- und Finanzausschuss habe sich dem Vorschlag der Verwaltung angeschlossen, wonach eine Moderation im Rahmen eines Bürgerdialoges zu folgendem Thema beantragt werden soll:

Ingangsetzung eines Bürgerdialoges zur Förderung der zukunftsweisenden innerörtlichen Wohnbebauung (Verdichtung) und Schaffung von neuem Wohnraum in Bestandsgebäuden sowie Ausnutzung von innerörtlichen Freiflächen (Ausnutzung von Baufenstern, Aufstockung und Ausbau von Bestandsgebäuden).

Die Förderung des Landes Hessen könne hier höchstens 55 % von 50.000 € betragen. Der Beschluss, einen solchen Antrag zu stellen, wurde seitens der Mitglieder des Haupt- und

Finanzausschusses gefasst.

Für den Bau- und Verkehrsausschuss informiert Ausschussvorsitzender Dr. Kunz über die vorgetragenen Ergebnisse zur Verkehrsplanung. Für viele Bereiche erhielt man positive Rückmeldungen. Hierunter fallen z.B. die Parkplatzsituation, die Lage und Zahl der Querungsstellen, das Radwegenetz sowie die Wirkung der Umgehungsstraße. Verbesserungswürdig sei, so der Ausschussvorsitzende, der Verkehrsknoten Usinger Straße, Bahnhofstraße, Oranienstraße, Hauptstraße sowie Wiesenau. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde seitens der Verkehrsplaner eine Abmarkierung vorgeschlagen. Zum Grundnetz der Fahrradstrecke gehöre auch die Bahnhofstraße, die bei der Betrachtung schlechter bewertet wurde. Der Querschnitt der Straße sei für eine Verbesserung für Fahrradfahrer und Fußgänger sehr geeignet, ohne dass damit der Verkehrsfluss beeinträchtigt wäre. Die Hauptstraße sei vom Querschnitt nicht geeignet, um alle Verkehrsteilnehmer gut zu bedienen. Das Verkehrsplanungsbüro möchte hier Vorschläge unterbreiten. Für den Fahrradverkehr wurde die Verwendung der Straße am Bürgerhaus und der Schulstraße vorgeschlagen, wobei hier die Einbahnstraßenregelung für den Fahrradfahrer wegfallen müsste.

Als weiteren Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses, so Ausschussvorsitzender Dr. Kunz, den Bebauungsplan Lindenstraße im Ortsteil Pfaffenwiesbach beraten. Hierbei ging es um Flächen für den Hochwasserschutz. Das gemeindliche Bauamt werde hierzu einen Plan modifizieren.

GV Sitzmann berichtet als Vertreter aus der Verkehrsverbandsversammlung Hochtaunus, dass der Verband mitten in den Planungen zum Ausbau der S-Bahnstrecke sei. Es gebe eine wichtige Strecke des S-Bahnausbau. Dieser betreffe den zweigleisigen Ausbau zwischen Bahnhof Saalburg und Bahnhof Wehrheim. Insbesondere zu diesem Abschnitt, aber auch zur Gesamtplanung, soll es voraussichtlich im September 2019 im Bürgerhaus in Wehrheim eine öffentliche Veranstaltung geben.

In seiner letzten Sitzung, so stellvertretender Ausschussvorsitzender Engeland, ist der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur der vom Gemeindevorstand ausgesprochenen Förderung i.H.v. 1.500 € zu Gunsten des Kinderbetreuungsvereins Lichtblick e.V. gefolgt. In der Sitzung am 29.03. habe man drei Spielplätze besichtigt. Die Beratung erfolgte unter den Vorgaben des Antrages zu prüfen, inwieweit die Umgestaltung von Spielplätzen zu inklusiven Spielplätzen geeignet sei. Hierfür habe man die Spielplätze „Am Ried“ in der Franzensbader Straße sowie in der Lindenstraße im Ortsteil Pfaffenwiesbach besichtigt. Stellv. Ausschussvorsitzender Engeland lobt die Elterninitiativen, die sich für die Verbesserung einsetzen. Der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur habe beschlossen, mit der Umgestaltung eines Spielplatzes auf der Grundlage eines Konzeptes zu beginnen. Man habe dem Gemeindevorstand empfohlen, sich mit fachlicher Beratung an die Umsetzung der Vorschläge zu begeben und dabei mit dem Spielplatz Am Ried zu beginnen.

#### **6.1 Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 04.03.2019; hier: „Wasserversorgungssatzung – Gartenwasserzähler“**

Für die Fraktion der SPD trägt GV Fuß schriftlich vorliegende Anfrage vor.

Bürgermeister Sommer übernimmt die Beantwortung der kleinen Anfrage. Auch die Beantwortung liegt den Mitgliedern der Gemeindevertretung schriftlich vor.

In einer Zusatzfrage möchte GV Fuß in Erfahrung bringen, ob es hinsichtlich der juristischen Prüfung der Wasserversorgungssatzung (Frage 3) eine Rückmeldung für die Gemeindevertretung geben werde.

Bürgermeister Sommer sagt hier eine Rückmeldung zu.

## **7 Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung auf Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte**

Vorsitzender Hammen übergibt die Leitung an seinen Stellvertreter GV Sitzmann ab.

Anschließend beantragt Vorsitzender Hammen unter Tagesordnungspunkt 7 die Beratung und Beschlussfassung zu den Änderungen der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Gemeinde Wehrheim. Er informiert, dass man die Änderungen zur Geschäftsordnung gemeinsam mit drei MitarbeiterInnen der Verwaltung sowie den stellvertretenden Vorsitzenden erarbeitet habe. Eine Anpassung erfolgte nur dort, wo es möglich war, denn man habe sich aus juristischen Gründen sehr stark an der Muster – Geschäftsordnung orientieren müssen. Vorsitzender Hammen bittet um Zustimmung.

### Stellungnahme der Fraktionen:

GV Schweizer merkt kritisch an, dass die Ortsbeiräte über die Veränderungen der Geschäftsordnung nicht informiert worden seien. Man habe ihn angeschrieben und gebeten, drei Zitate zu diesem Vorgang zu verlesen:

- „1) In Zeiten von Feudalherrschern, wenngleich bei diesem Akt nicht von Einzelnen ausgegangen werden kann, kann man nicht genug an die demokratischen Gepflogenheiten appellieren.
- 2) Jawohl, für Freiheit und Demokratie, wir können das doch leisten. Wir müssen nicht mehr unser Geld in Wehrheim verdienen.
- 3) Dieser Vorgang ist ein Beleg für die Bedeutung der Ortsbeiräte.“

GV Schweizer bittet darum zu überlegen, wie die Ortsbeiräte unverzüglich informiert werden, damit sie die Möglichkeit haben eventuell Fragen zu stellen.

GV Sitzmann informiert, dass der Vorsitzende in zwei mehrstündigen Sitzungen mit den Stellvertretern die Geschäftsordnung beraten habe. Er persönlich habe seine Fraktion, in der auch Ortsbeiräte sitzen, in dieses Thema mehrfach eingebunden. Die Ortsbeiratsmitglieder konnten somit ihre Vorstellungen darlegen. Er unterstellt, dass dies auch in den anderen Fraktionen ähnlich gehandhabt wurde. Dem Vorsitzenden sei hier keine demokratiefeindliche Handlung zu unterstellen.

In der Fraktion der SPD wurde darüber diskutiert, so GV Leist, warum die Geschäftsordnung nicht auf der Tagesordnung der Ortsbeiräte gestanden habe. Auch wenn etwas nicht auf der Tagesordnung stehe, könne man dies unter dem Punkt „Verschiedenes“ ansprechen. Formal, so GV Leist, sei die Gemeindevertretung für die Geschäftsordnung zuständig. Die Fraktion der SPD stimme der Geschäftsordnung zu.

Nach § 62 HGO, so Vorsitzender Hammen, sei lediglich die Gemeindevertretung für den Erlass der Geschäftsordnung zuständig. Auch er sei darüber informiert worden, dass die Thematik nicht auf der jeweiligen Tagesordnung der Ortsbeiratssitzungen gestanden habe. Zukünftig werde er, so Vorsitzender Hammen, die Ortsbeiräte nochmals anschreiben.

Für die Fraktion der FDP erinnert GV Schumann, dass die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung auf die Digitalisierung angepasst werden musste. Dieser Prozess habe für die Gemeindevertretung bereits sehr lange gedauert. Theoretisch hätte man dies auch für die Ortsbeiräte vorsehen können, doch aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen hätten sich keine anderen Ergebnisse ergeben können. Aus Gründen der Effizienz sei die gewählte Vorgehensweise daher nicht zu beanstanden. Man bedauere, dass es keinen

formalen Verteiler an die Ortsbeiräte gegeben habe.

GV Dr. Müller betont, dass alle stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden mit in die Beratung zur Geschäftsordnung einbezogen waren, so dass dadurch auch alle Fraktionen unmittelbar beteiligt waren. In den zwei Arbeitssitzungen wurde intensiv diskutiert und es ergab sich ein breiter Konsens. Alle Teilnehmer haben die Möglichkeit gehabt die Fraktion zu informieren. Die Abläufe waren transparent und selbst in der heutigen Sitzung hätte man sich über die Fraktion noch miteinbringen können.

GV Schweizer betont nochmals, dass es ihm um den reinen Kommunikationsprozess gehe und er bittet, dass dies in Zukunft berücksichtigt werde.

### **Abstimmung:**

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung sowie die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte der Gemeinde Wehrheim.

Beratungsergebnis: Einstimmig

## **8 Beratung des Jahresabschlusses der Gemeinde Wehrheim zum 31.12.2012**

### **Stellungnahme des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Sommer trägt vorliegende Beschlussvorlage für den Gemeindevorstand vor. Er bedauert, dass der Jahresabschluss 2012 erst jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt werden könne.

### **Stellungnahme der Ausschüsse:**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet Ausschussvorsitzender Matyschik, dass man den Jahresabschluss einstimmig beschlossen habe und dessen Annahme empfehle.

### **Stellungnahme der Fraktionen:**

GV Leist gibt bekannt, dass die SPD dem Jahresabschluss insgesamt zustimmen werde. Dennoch sei man nach der sogenannten Gebührenrolleraffäre im Jahr 2010 doch sehr erstaunt darüber, dass man die Handlungsempfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes zur Führung von Personalakten lesen müsse. Seinerzeit wurde die Personalaktenführung stark kritisiert und die Einhaltung der Vorschriften zur Personalaktenführung eingefordert.

### **Abstimmung:**

Der vom Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises geprüfte Jahresabschluss 2012 wird von der Gemeindevertretung Wehrheim einstimmig beschlossen. Dem Gemeindevorstand der Gemeinde Wehrheim wird gemäß § 114 Abs. 1 HGO für das Jahr 2012 die Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: Einstimmig

## **9 Erörterung und Kenntnisnahme des Beteiligungsberichtes der Kommunalen Grundstücksgesellschaft Wehrheim mbH für das Jahr 2017**

### **Stellungnahme des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Sommer trägt vorliegende Beschlussvorlage für den Gemeindevorstand vor.

### **Stellungnahme der Ausschüsse:**

Der Haupt- und Finanzausschuss, so Ausschussvorsitzender Matyschik, habe den Beteiligungsbericht zur Kenntnis genommen.

Abstimmung:

- entfällt -

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellt fest, dass der Beteiligungsbericht der Kommunalen Grundstücksgesellschaft Wehrheim mbH für das Jahr 2017 von den Mitgliedern der Gemeindevertretung zur Kenntnis genommen worden ist.

**10 Überprüfung der wirtschaftlichen Beteiligung gemäß § 121 Abs. 7 Hess. Gemeindeordnung (HGO)**

Stellungnahme des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Sommer trägt vorliegende Beschlussvorlage für den Gemeindevorstand vor.

Stellungnahme der Ausschüsse:

Für den Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt Ausschussvorsitzender Matyschik die Annahme vorliegender Beschlussvorlage. Die Empfehlung wurde einstimmig ausgesprochen.

Abstimmung:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, dass ihre wirtschaftliche Betätigung die Voraussetzungen gemäß § 121 Abs. 1 HGO erfüllen und diese Tätigkeiten nicht an private Dritte übertragen werden können.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Frank Hammen  
Vorsitzender

Christian Sommer  
GV

Hanns-Joachim Schweizer  
GV

Volker Minet  
Schriftführer